

Halleische Zeitung

vorm. im G. Schwesfke'schen Verlage. (Halleischer Courier.)

N 18.

Verlag der Actien-Gesellschaft Halleische Zeitung.

Halle, Dienstag, 22. Januar.

Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerhard.

1884.

Zum Antrag Reichensperger.

Unsere Staatsregierung hat durch ihre gelegentliche Thätigkeit während der letzten Jahre der katholischen Kirche gegenüber den klaren Beweis geliefert, wie ernstlich sie bemüht ist, den durch den ihr aufgezwungenen „Culturkampf“ geführten Frieden zwischen Staat und Kirche wieder herzustellen. Es ist durch Gesetz nicht nur die Anzeigepflicht wesentlich eingeschränkt und die Zuständigkeit des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten auf dem Gebiete der Anzeigepflicht beschränkt, sondern auch die Straflosigkeit für die Vornahme geistlicher Anordnungen erheblich ausgedehnt worden. Nachdem die Bischöfe von dem Papst ermächtigt worden waren, die notwendigen Dispensationen von den mangelhaften Erfordernissen der Vorbereitung für die Anstellung von Seelsorgern einzuholen, und thatsächlich die Dispense ergingen, hat die Regierung einen weiteren Beweis von ihrer wohlwollenden Praxis durch den Antrag auf Begnadigung des Bischofs von Bamburg bei seiner Majestät dem Kaiser gegeben, und schließlich hat sie zum Jahreschluss die Aufhebung der Sperre in drei Diöcesen verfügt. Nicht minder fällt die Thatfache in's Gewicht, daß der Kronprinz aus Anlaß seiner Anwesenheit in Rom während des Decembers dem Oberhaupt der katholischen Kirche einen Besuch machte.

Wenn trotz aller dieser auch von der katholischen Partei dankbar anerkannten friedlichen Klumbungen unserer Regierungspolitik von einem der bedeutendsten Führer dieser Partei, dem Abgeordneten Reichensperger, der Antrag auf Wiederherstellung der durch das Gesetz vom 18. Juni 1875 aufgehobenen Artikel 15, 16 u. 18 der preussischen Verfassung eingebracht und im Abgeordnetenhause in der Freitagsitzung disutirt worden ist, so war wohl der Hauptzweck des Antrags für die katholische Partei weniger dem Abgeordnetenhaufe als „der katholischen Bevölkerung zu zeigen, welche Ziele — wie Herr Windthorst sagte — wir unverrückbar verfolgen“, und daß sie sich „auf eine Verjüngung des Culturkampfes nicht einlassen“ wolle.

Man fürchtete seitens der Partei, daß bei der wachsenden Befriedigung der katholischen Bevölkerung mit der gegenwärtigen Haltung des Staats der Eifer für die „höheren Ziele“ des Kampfes erlahmen und der politische Einfluß der Partei dadurch gemindert werden könnte.

Was aber den besondern Parteizwecken des Centrums dienen mag, dient aber noch nicht demjenigen Frieden, den der Staat erstrebt. Specially würde die Wiederherstellung theoretischer Grundzüge über die Stellung der evangelischen und römisch-katholischen Kirche, wie sie früher in der Verfassung standen, den Frieden nicht fördern. Der Cultusminister müßte aus, daß die Schwierigkeiten, welche gegenwärtig über die Festsetzung der Grenze zwischen der staatlichen Autorität und den Religionsgesellschaften bestehen, nicht gelöst werden können durch theoretische Sätze, die man zu aktuellem Recht macht, sondern durch eine Reihe von gesetzlichen, gesetzlich und materiell festgestellten Einzelvorschriften. Theoretische Grundrechte sind mannigfacher Auslegung fähig und ihre verschiedene Auslegung hat den Kampf veranlaßt. Derselben erschießen mehr und mehr eine Ausföhrung durch concrete Gesetze, und weil von katholischer Seite stets behauptet wurde, daß letztere, wie sie gestaltet wurden, den „Grundrechten“ widersprachen, wurden diese aufgegeben. Ihre Wiederherstellung würde uns nicht weiterbringen, sondern die Differenzen zwischen Auslegung der Verfassung und concreten practischen Gesetzen erneuern und verewigen.

Die katholische Partei hat selbst anerkannt, daß die practischen Gesetze der letzten Jahre der Kirche förderlich waren und dem Frieden zwischen dem Staate und der katholischen Kirche die Wege ebneten. Und eben so sind zu lebhafter Befriedigung unserer katholischen Mitbürger auf dem Gebiete der Verwaltung durch eine wohlwollende Praxis, wie der Cultusminister sagte, die Fäden, die abgerissen waren, wieder angeknüpft worden. Wozu diesem erfolgreichen Wirken durch Anträge entgegenzutreten, welche — wenn sie verwirklicht würden — die Kämpfe und Zwistigkeiten erneuern würden? Aus diesem Grunde, also nur im wirklichen Interesse des Friedens, erkläre der Minister den Antrag für unannehmbar. Das Resultat der Debatte entsprach denn auch diesen Erwägungen: der Antrag wurde mit großer Majorität abgelehnt.

Politischer Tagesbericht.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns heute: Spanien hat ein neues Cabinet erhalten, an dessen Spitze Canovas de Castillo getreten ist. In dem Namen und der Vergangenheit dieses Mannes, des ersten Beraters des Königs Alfons, liegt ein vollständiges Programm: Befestigung des Königthums und Hebung des, seiner Geschichte entsprechenden Ansehens; im Innern: die mit Freiheit gepaarte Ordnung, welche zur materiellen Entwicklung des Landes so dringend notwendig ist und nur erreicht werden kann, wenn die Arme, welche bisher nur im Gefolge ihrer Ordnung war, in eine Schutzwehr derselben umgewandelt wird. Ein besonderes Interesse für Deutschland gewinnt der jüngste Ministerwechsel dadurch, daß sich der neue Ministerpräsident in den letzten parlamentarischen Kämpfen offen den gegenseitigen Angriffen Castellers gegen die Politik der Annäherung Spaniens an Deutschland — ebenso wie der frühere liberale Minister des Meubres, de Waga, gegenüberstellte, unter Berufung auf die Freundschaftsbeweise, welche Spanien von Deutschland empfangen habe, während jener phantastische Politiker, der Victor Hugo Spaniens, aus theoretischer Vorliebe für die Republik und im Widerspruch mit gemachten Erfahrungen für den unbedingten Anschluß an

Frankreich plaidirte. Daß die politische Verechtfamkeit noch kein Zeugniß für die Regierungsbefähigung sei, ist längst anerkannt, daß sie in einer Gefahr für den Kedner selbst werden kann — hat Casteller bei dieser Gelegenheit bewiesen, indem er, im Vertrauen auf seine rhetorische Kunst, die ungelauere Aufgabe übernahm, den Spaniern zu beweisen, daß sie durch die entmensliche Aufnahme, welche sie ihrem Kronprinzen winketen, sich selbst und ihrem Könige zu nahe getreten, dessen Empfang in Deutschland hinter den nationalen Ansprüchen zurückgelassen sei. Nun mag es der dialektischen Kunst wohl gelingen, die natürlichen Gesichtspunkte zu verdrängen, um zu falschen Schlüssen zu gelangen, die Dinge selbst stellen sich darum doch nicht auf den Kopf, weil Herr Casteller durch seine zwei Beine hindurch in die Welt hineinblickt. Für die französische Presse freilich ist die Castellersche Rede eine wahre Fundgrube geworden, aus welcher sie die Motive für die eigene Selbstveränderung und neuen Simulationen gegen Deutschland nimmt. Aber auch das wird vorübergehen, ohne daß diese Fäulterien an den Dingen etwas ändern, an dem wahren Stand der Dinge, welcher wohl von den wirklichen französischen Staatsmännern und den berufenen Staatsleuten gerade neuerdings besser gewürdigt wird, als dies lange der Fall war. Wir haben kürzlich auf diese Thatfache, in Antinipung des Besuchs, den der französische Botschafter in Friedrichshagen abgetattet hatte, hingewiesen und die symptomatische Bedeutung dieses Vorgangs gewürdigt. Und wie es neuerdings nicht an Mittheilungen fehlte, welche die Gründe der neu und stärker besiegten Friedenswürigkeit bezeichneten, so weit es auf unser Verhältnis zu dem östlichen Nachbar ankam, so fehlt es ja auch nicht an Anbeutungen, welche nicht bloß die besser gewordenen Beziehungen zu Frankreich konstatiren, sondern auch einen einleuchtenden Erklärungsgrund für dieselben an die Hand geben. Gerade zur Jahreswende hat Frankreich sowohl von Italien wie von Spanien Beweise vorzüglichsten Entgegenkommens erhalten und man versichert, daß gerade die fremdthätigsten Vorstellungen Deutschlands in Rom und Madrid dazu beigetragen hätten. In Paris kann man darüber nicht im Unklaren geblieben sein und wird erkannt haben, daß es weder im Interesse der deutschen Politik liegt, die Wege Frankreichs zu durchkreuzen, noch auch in der Consequenz der Annäherung Italiens und Spaniens an Deutschland, daß sie in eben dem Grade sich von Frankreich entfremden müßten.

Einiges Aufsehen erregte die Nachricht mehrerer Blätter, daß dem Landtage demnächst ein Kommunal-Notstands-Steuergesetz zugehen würde. Es liegt auf der Hand, daß es sich hier um ein Mißverständnis handelt. Der Gegenstand, welcher in Aussicht steht, geht von dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten aus, und sind dabei natürlich die Minister des Innern und der Finanzen theilhaftig. Derselbe bezweckt die Besteuerung der Forensen und juristischen Personen, und befindet sich sehr detaillirte Mittheilungen über die Grundzüge des Gesetzes bereits in dem Ende December v. J. publicirten Bericht der Eisenbahnkommission des Abgeordnetenhauses. Der Regierungskommission hatte den Gegenstand über die Kommunalbesteuerung der Eisenbahnen in jener Kommission sehr eingehend sitzirt. Es handelt sich also durchaus nicht um ein Kommunalnotstands-Steuergesetz, sondern um ein Notthgegesetz, durch welches, falls die „in Aussicht stehende gesetzliche Regelung in dem weiteren Rahmen der Besteuerung der Forensen und juristischen Personen Schwierigkeiten, welche die Erledigung der Angelegenheiten in der laufenden Session in Frage stellen würden, begegnen sollte“, jedenfalls die Regelung der Kommunalbesteuerung der Eisenbahnen gesichert würde.

Im Jahre 1883 haben bei den künftigen Regierungen in Preußen im Ganzen 106 Kandidaten die Feldmesser-Prüfung bestanden. Gegen das Vorjahr 1882, in welchem 167 Kandidaten die Prüfung bestanden haben, ist demnach eine erhebliche Abnahme eingetreten. Die Durchschnitzzahl der letzten 5 Jahre 1879 — 83 beträgt 149, so daß dieselbe gegen die gemittelte Zahl für die Zeit 1878 — 82, welche 164 betrug, ebenfalls merklich zurückgegangen ist. Von den 106 Kandidaten des verflochtenen Jahres 1883 waren 71 Berufsfeldmesser und 35 Fortbeamtete; es entfallen somit auf die Berufsfeldmesser 67 pCt. und auf die Fortbeamteten 33 pCt. Die Prüfung zum „Feldmesser“ nach den bisherigen Vorschriften kann noch bis zum 1. Januar 1885 abgelegt werden, worüber Qualifikationszeugnisse zum Feldmesser in der bisherigen Weise ausgestellt werden können; von diesem Zeitpunkt ab treten ausschließlich die neuen Vorschriften in Kraft.

In Sachverwandigen-Kreisen ist die Absicht verbreitet, daß der Ertrag der Hübener Feuer für das laufende Etatsjahr weit hinter dem Vorschlage des Staats pro 1884/85 zurückbleiben wird. Die in der letzten Campagne gemachten Wäsen zeichnen sich durch ganz außerordentlich reichen Zundergehalt aus, was natürlich eine vermehrte Zunderproduktion und einen dementsprechenden Export zur Folge hat. Natürlich steigern sich damit auch die Steuerertrügungen, welche in Form der Export-Bonifikation gegeben werden, was für die Reichskasse einen nicht unerheblichen Ausfall mit sich bringen wird.

Stätzlich ist, wie die Kreuz-Zeitung hört, eine Entscheidung des Konfessionsrats in der Frage ergangen, ob eine Abschnure an einem Kirchhofe beigelegt werden darf. Eine Witwe hatte die Absicht, auf einem hiesigen Kirchhofe eine Grabstätte für sich und daneben eine andere

zu erwerben, in welcher die Abschnure der in dem Feuerofen zu Gotha verbrannten Leiche ihres Mannes beigelegt werden sollten. Sie beantragte bei der Kirchhofs-Verwaltung die Genehmigung zu der Beisetzung der Abschnure, und der Gemeinde-Kirchencath brachte die Angelegenheit bei ihrer prinzipiellen Tragweite vor das Konfessionsrat. Die Entscheidung desselben lautete ablehnend, da die Kirchhöfe wohl zur Aufnahme von Leichnamen in die Grabstätte zur Verwehung, nicht aber von Abschnuren bestimmt seien.

In der badischen Zweiten Kammer ist es am 18. d. M. zu einer interessanten Debatte über die wirtschaftliche Gehegung des Reiches gekommen, wobei sich herausgestellt hat, daß nicht nur die katholische „Sonderpartei“ für das Werk von 1879 eingetreten ist, sondern auch mehrere liberale Abgeordnete dasselbe vertheidigt, so, sich zum Theil sogar für erhöhte Getreidezölle ausgesprochen haben. Daß die „Nat.-Zg.“ den ersten summarischen Bericht über die Verhandlungen als „anscheinend tendenziös“ gefärbt bezeichnet, ist unter diesen Umständen kein Wunder. An der erfreulichen Thatfache selbst ändert das aber nichts.

Die royalistische Bewegung scheint in Paris wieder lebhafter zu werden. Der Herzog von Decezes, bekanntlich ein früherer Minister der Republik, hat in Vienne eine Rede gehalten, in welcher er die Restauration Philipp VII. als nahe bevorstehend bezeichnete und als eine Pflicht der Monarchisten erklärte, sich für diese Centralität zu organisiren. Aber die Zeiten ändern sich. Der vorige 14. Juli war als Nationalfest schon sehr flau. Man bemerkt, daß jetzt fast nirgends mehr die sonst so beliebte „Marschallade“ auf den Straßen geungen wird. Die Massen der Städte sind stumm geworden. Ein großer Theil des Publikums, namentlich unter der wohlhabenden Pariser Bevölkerung, ist bereits auf eine Katastrophe gefaßt. Diese Befürchtungen werden jetzt so laut, daß sie notirt zu werden verdienen.

Bermittlung Nachrichten.

Berlin, den 20. Januar.

Daß der Contradmiral a la suite der Marine, Graf Waldersee, in den activen Dienst der Marine wieder einreten werde, wird widerufen. Graf Waldersee habe sich nur, so wird erklärend bemerkt, wie auch in früheren Jahren, zu einer schwächungstendigen Dienstleistung in der Admiralität einzeln lassen, um über den Verlauf der maritimen Fortschritt orientirt zu sein.

Die Gräfin Meran, die Tyroler Postmeisterswöchter und Witwe des Erzherzogs Johann, hat dieser Tage gesund und munter ihren 80. Geburtstag gefeiert. Ihr 18. Geburtstag war ihr aber doch noch lieber; denn das war eigentlich der Tag ihrer Thronbesteigung. Da stieg sie, weil der Erzherzog fahren wollte, und sein Kutscher da war, selbst auf den Hof und gefiel dem Erzherzog so gut, daß er sie heirathete. Sie machte ihn dafür später zum deutschen Reichsverweser. Die Heirathsgeschichte hatte dem deutschen Volke und 1848er Parlamente, daß damals noch sehr gemüthlich war, so sehr gefallen, daß es den Erzherzog zum Reichsverweser wählte, was damals Oagern den „falschen Griff“ nannte.

Ein neuer Fall von Verurtheilung eines Unschuldigen aus Straßburg in Elvir, gemeldet: Untern 17. October v. J. wurde der Fehdehändler Sentheil aus Kol. Brink wegen Diebstahls zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt und sofort verhaftet. Sentheil war beschuldigt, dem Vater A. aus M. ein Pferd, welches P. dem Sentheil selbst 22 Jahr. gesahlt hatte, selbst einem mit Holz betadenen Wagen für zusammen 21 Thlr. abgelaufen und ihm hierfür das Veremmal mit dem Gelde aus der Hand gerissen zu haben. Da sich nun aber Zeugen fanden, welche die Aussagen der Beklagtenzeugen anstößten, so beantragte Sentheil die Wiederaufnahme des Verfahrens, und die Sache kam deshalb gestern nochmals vor der dortigen Strafkammer zur Verhandlung. Dieselbe endete mit der Freisprechung des Angeklagten, welcher infolge dessen aus dem Gefängniß entlassen wurde.

Die mutmaßlichen Wärdner der Familie Stodshausen von Köln sind der Polizei zu Lüttich in ihre Hände gefallen. Verhaftet wurden vier Personen, nämlich: Tillmann Hans, Wilhelm Klagesheim, Hercie Stein und Noia Weerd. Dieselben wurden in einer Wohnung der Rue Senors-de-Hasque überarhaft, und so schnell übermächtig, daß sie keine Zeit fanden, Widerstand zu leisten. Der Führer der Bande, Tillmann Hans, war mit einem sechsflügeligen Revolver versehen; auch fand man bei ihm die Nummern der „Köln. Zg.“, welche über die Mordthat berichtet resp. das Signalement des mutmaßlichen Mörder enthielten. Die Verhafteten wurden ins Gefängniß abgeführt, und die Staatsanwälte in Köln und Antwerpen durch dringende Depeschen von der Verhaftung benachrichtigt. Das „Journal de Bruxelles“, welches einen ähnlichen Bericht bringt, fügt noch hinzu, die Polizei sei am Sonntag Abend auf die Spur gekommen, wo die Bande in einer Brauerei sich aufhielt, dieselbe aber plötzlich verließ, nachdem sie den Stadtkrieg gesehen hatte.

Der Hauptgewinn der Kölner Tomba-Votterie am 21. Fabric-Arbeiter, welche an der königlichen Eisenbahn-Werkstätte in Dortmund beschäftigt sind und die alle Samstag 14 Loose spielen. Das Gewinnlos hat die Nr. 2639 und ist aus der Kollekte des Herrn Schmidt in Siegen.





